



Computer und Telefon statt Wartezimmer: Mit großer Mehrheit hat der Deutsche Ärztetag am Donnerstag einen von der Bundesärztekammer vorgeschlagenen Ausbau von

Fernbehandlungen beschlossen. Die 250 Mediziner stimmten in Erfurt dafür, dass eine Beratung und Behandlung künftig ausschließlich über elektronische Kommunikationswege ohne vorherigen persönlichen Kontakt erfolgen kann. Die Reaktionen auf die Entscheidung fielen überwiegend positiv aus. Patientenschützer übten allerdings Kritik.

Fernbehandlungen sollen dem Beschluss zufolge "im Einzelfall" erlaubt sein, "wenn dies ärztlich vertretbar ist und die erforderliche ärztliche Sorgfalt insbesondere durch die Art und Weise der Befunderhebung, Beratung, Behandlung sowie Dokumentation gewahrt wird". Die Neuregelung soll nun in die Berufsordnungen der Landesärztekammern übernommen werden.

Bislang sind Telefon-, Video- und Onlinesprechstunden nur erlaubt, wenn die Patienten die Arztpraxis zuvor bereits aufsuchten. Nun wollen die Ärzte "einerseits die Behandlung und

Beratung aus der Ferne unter bestimmten Anforderungen ermöglichen und andererseits den persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt weiterhin in den Vordergrund stellen".

"Wir wollen und müssen diesen Prozess gestalten und dieses Feld mit unserer ärztlichen Kompetenz besetzen", erklärte Josef Mischo, Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer. Digitale Techniken sollten die ärztliche Tätigkeit unterstützen, dürften aber nicht die notwendige persönliche Zuwendung von Ärztinnen und Ärzten ersetzen. Der persönliche Kontakt sei der "Goldstandard".

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) begrüßte den Beschluss "ausdrücklich". "Damit helfen wir Ärzten und Patienten", erklärte er. Patienten würden "unnötige Wege und Wartezeiten erspart". "Und Ärzte können die digitale Welt aktiv gestalten, anstatt dass es Andere tun." Spahn kündigte zugleich einen runden Tisch an, der über den Abbau von Hürden im Onlinebereich beraten soll.

Der Hausärzteverband warb für "klare Regelungen, in welchen Fällen eine Fernbehandlung sinnvoll und möglich ist". "Gerade in der Hausarztpraxis werden ausschließliche Fernbehandlungen die Ausnahme bleiben", erklärte Bundeschef Ulrich Weigeldt. Entscheidend sei, dass die Angebote freiwillig blieben "und nicht als Kostensparprogramm für Krankenkassen missverstanden werden".

Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherer zeigte sich "froh, dass die Ärzteschaft die Tür für Fernbehandlungen zumindest etwas weiter geöffnet hat". Sprecher Florian Lanz erklärte, nun müssten die neuen Möglichkeiten so genutzt werden, "dass die Patienten auch wirklich etwas davon haben". Barmer-Chef erklärte, der Ärztetag habe "erste wichtige Weichen gestellt".

Kritik kam von der Deutschen Stiftung Patientenschutz. Spahn und die Mehrheit des Ärztetags betrieben "Volksverdummung", erklärte Vorstand Eugen Brysch. Telemedizin sei bereits möglich und werde "zehntausend Mal am Tag genutzt". "Anonyme Telebehandlungen sind aber etwas ganz anderes." Verlierer seien pflegebedürftige und schwerstkranke Menschen, "die auf ihren Mediziner daheim hoffen".

Der 121. Ärztetag forderte auch eine umfassende Neuausrichtung der Notaufnahmen in Deutschland. Da diese vielerorts überlastet seien, brauche es mehr Personal sowie eine bessere Vernetzung und Finanzierung, erklärten die Mediziner. Außerdem müsse die Bevölkerung "besser über die Versorgungsstrukturen in der Notfallversorgung sowie über deren Nutzung aufgeklärt werden".